

Antrag	Vorlage-Nr:	VO/2020/5379-01		
	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich		
Demokratie in Osnabrück in Corona-Zeiten				
Antrag von FDP, Die Linke, BOB u. UWG / Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 4.5				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungs- art	Zuständigkeit	TOP- Nr.
Verwaltungsausschuss	21.04.2020	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	21.04.2020	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

Angesichts der Einschränkungen durch die Corona-Krise beschließt der Rat:

1. Die Stadt muss **ist** in der aktuellen Lage handlungsfähig bleiben. Demokratische Prozesse sowie öffentliche Beratungen und Debatten **bleiben wichtige Elemente der Bürgergesellschaft und** sind im Sinne der Demokratie auch in Corona-Zeiten zwingend notwendig. **Der Rat unterstützt daher alle Anstrengungen, um auch in der Krisenzeit die kommunale Selbstverwaltung aufrecht zu erhalten und unter diesen erschwerten Bedingungen Ratsarbeit zu ermöglichen.** Deshalb finden die Fachausschüsse **in Absprache mit der/dem Vorsitzenden, der/dem Stellvertreter/in und der Verwaltung je nach Dringlichkeit** und der Rat wie geplant in gewohnter Form mit allen notwendigen Sicherheitsvorkehrungen statt. **Der bereits in einigen Fachbereichen praktizierte Informationsaustausch zwischen Ratsmitgliedern und Fachverwaltung per Videokonferenz wird ausgeweitet. Der Rat tagt wie geplant in gewohnter Form mit allen notwendigen Sicherheitsvorkehrungen.** Als Veranstaltungsort für **den** Rat und große Ausschüsse wird die OsnabrückHalle vorgesehen, für die kleinen Ausschüsse der Ratssitzungssaal bzw. geeignete Räume, die ausreichend Abstand und die Einhaltung der Hygienevorschriften ermöglichen.
2. **Der Rat anerkennt die besonderen Bedingungen, unter denen die Verwaltung derzeit die Pandemiebekämpfung und den Infektions- und Gesundheitsschutz vorantreibt und gleichzeitig den regulären Betrieb versucht, aufrecht zu erhalten. Er dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und der Tochtergesellschaften für ihren Einsatz.**
3. **Der Rat stellt fest, dass mehr als 550 Mitarbeiter/innen derzeit in der Krisenlage beschäftigt sind, davon 102 im Krisenstab. Er respektiert, dass es dadurch zu Einschränkungen und Verzögerungen in vielen Aufgabenfeldern kommt und dies auch Auswirkungen auf die Agenda der Ratsarbeit hat.**
4. Die Verwaltung erstellt einen Sachstandsbericht zu Homeoffice-Arbeitsplätzen und Krankheitsständen in der Verwaltung.

5. Die mit der Corona-Krise befassten Stäbe von Stadt und Landkreis Osnabrück harmonisieren ihr Vorgehen, um deckungsgleiche Entscheidungen z. B. bei Öffnung einzelner Sparten zu treffen (Gartenmärkte, Abfallsammelplätze etc.).
 6. **Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Wahrung der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzliche technische Optionen (z. B. Videoübertragung in Nebenräumen) zu schaffen.**
2. ~~Die Öffentlichkeit wird gewahrt: Dies kann geschehen durch Videoübertragung in einen entsprechend großen Nebenraum für eine begrenzte Zahl namentlich angemeldeter Zuschauer sowie Presse und/oder einen Livestream im Internet.~~
 3. ~~Alle Ratsmitglieder werden zeitnah über Veränderungen der aktuellen Situation durch den Krisenstab informiert.~~

Begründung:

- erfolgt mündlich

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:

gez. Dr. E. h. Fritz Brickwedde
CDU-Fraktion

gez. Frank Henning
SPD-Fraktion

gez. Volker Bajus
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen